

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Digitale Parkraumkontrolle

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. zu überprüfen, welche Potenziale sich durch die elektronische Überwachung des Parkraums mittels eines Scan-Fahrzeugs gemäß § 13 Landesmobilitätsgesetz für die Stadt ergeben im Hinblick auf:
 - a) Die verbesserte Überwachung von Parkraum auch in der Peripherie
 - b) Eine verbesserte Überwachung vor allem von Falschparkern vor und rund um Schulen
 - c) Eine verbesserte Überwachung von Falschparkern auf Geh- und Radwegen
 - d) Die Freihaltung von Anwohnerparkflächen nur für Berechtigte
 - e) Eine Effizienzsteigerung und damit ein Beitrag zu einer strukturellen Entlastung des städtischen Haushalts durch den Einsatz der Digitalisierung
 - f) Den Einsatz von bisher zur Parkraumkontrolle eingesetzten Personals für anderweitige Aufgaben, u.a. im KOD
2. entsprechende Vorschläge auszuarbeiten und die jeweiligen finanziellen Auswirkungen darzustellen.

Begründung:

Während im europäischen Ausland die Kontrolle von Parkberechtigungen durch Scan-Cars seit Jahren gängige Praxis ist, hat in Deutschland als erstes Bundesland Baden-Württemberg die rechtliche Grundlage für eine digitale Parkraumkontrolle geschaffen. Seit kurzem bietet §13 des neuen Landesmobilitätsgesetz die Rechtsgrundlage für die elektronische Überwachung des Parkraums durch Scan-Fahrzeuge.

Die kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Landkreistag und Städte-Gemeindebund) begrüßten in einer Stellungnahme vom 28.08.2025 zu einem

entsprechenden Referentenentwurf zur Änderung des StVG die Schaffung einer solchen Möglichkeit.

Ein Pilotprojekt auf dem Gelände der Universität Hohenheim, ist positiv verlaufen. Es zeigt eine massive Effizienzsteigerung durch den Einsatz der Digitalisierung. Eine Person kann danach mit einem Scan-Fahrzeug bis zu 1.000 Fahrzeuge pro Stunde kontrollieren, während es zu Fuß nur etwa 50 sind. Die freiwerdenden personellen Kapazitäten können in der Folge zielgerichteter an Schwerpunkten, wie beispielsweise Schulwegen, eingesetzt werden. Auch Geh- und Radwege können so effizienter freigehalten werden. Dies sorgt für mehr Sicherheit im Verkehr und schützt schwächere Verkehrsteilnehmer. Derzeit laufen umfassendere Tests in Heidelberg, Mannheim, Freiburg und Waldshut-Tiengen, deren Erfahrungen in ein Aalener Konzept einfließen können.

Nicht zuletzt kann der Einsatz der Digitalisierung in diesem Bereich nach einer Anschubfinanzierung durch Investitionen in die Technik dauerhaft einen wesentlichen Beitrag zu der dringend notwendigen strukturellen Entlastung der zukünftigen Haushalte leisten.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Stärkung und Konzeption der Quartiersarbeit

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Maßnahmen zur Stärkung der Quartiersarbeit in der Stadt und den Teilorten zu initiieren.
2. Auf Basis vorhandener Daten (z. B. Altersstruktur, Anteil benachteiligter Kinder, Armutsquote, Transferleistungsbezug) ein Ampelsystem zu entwickeln, das den Handlungsbedarf in den Quartieren abbildet:
 - a. Rot: hoher Handlungsbedarf – gezielte Unterstützung durch Quartiersarbeit,
 - b. Gelb: mittlerer Handlungsbedarf – Begleitung und Koordination,
 - c. Grün: kein akuter Handlungsbedarf.
3. Auf Grundlage dieser Analyse ein konzeptionelles Vorgehen zu erarbeiten, wie bestehende Akteure (Kirche, Vereine, Nachbarschafts-initiativen, Schulen, Kitas, Ehrenamtliche) stärker vernetzt und in ihrer Arbeit unterstützt werden können.
4. Die Maßnahmen ressourcenschonend umzusetzen – vorrangig durch
 - a. Nutzung vorhandener Strukturen und Personalressourcen,
 - b. Kooperation mit dem bestehenden Quartiersmanagement,
 - c. Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements,
 - d. Einbindung externer Fördermöglichkeiten (Land, Bund, Stiftungen).

Begründung:

Quartiersarbeit ist ein zentrales Instrument, um Nachbarschaft, Integration und Teilhabe vor Ort zu fördern. Sie schafft Kontakte, stärkt Begegnung und unterstützt bürgerschaftliches Engagement im Sinne von „sorgenden Nachbarschaften“.

Neben sozialen und kulturellen Herausforderungen stellt die demografische Entwicklung eine zunehmende Belastung für viele Quartiere dar:

- Der Anteil älterer Menschen nimmt stetig zu, während familiäre und nachbarschaftliche Unterstützungsnetze abnehmen.
- Gleichzeitig leben mehr Kinder und Jugendliche in wirtschaftlich benachteiligten Familien.

Ziele und Aufgaben der Quartiersarbeit:

- Förderung von Kontakt, Begegnung und nachbarschaftlichem Zusammenhalt,
- Öffnung und Nutzung vorhandener Räume als Begegnungsorte,
- Unterstützung von Selbstorganisation, Eigeninitiative und freiwilligem Engagement,
- Stärkung sorgender Nachbarschaften,
- Förderung von Integration, Inklusion und Teilhabe.

Sandra Bretzger

Sigrun Huber-Ronecker

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Galgenbergfestival

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. in enger Abstimmung mit dem Verein Kulturfreunde Galgenberg e.V. einen geeigneten Standort für das Galgenbergfestival ab dem Jahr 2027 zu ermitteln,
2. dem Gemeinderat im zweiten Quartal 2026 über den Stand der Standortsuche sowie die Realisierungsoptionen zu berichten.

Begründung:

Das Galgenbergfestival ist seit 2001 ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens in Aalen und trägt wesentlich zur kulturellen Vielfalt und Attraktivität der Stadt bei. Da zu erwarten ist, dass das bisherige Festivalgelände auf dem Gaskesselgelände ab 2027 wegen der Verwirklichung des Wohnprojekts Altes Hallenbad/Gaskessel nicht mehr zur Verfügung steht, ist eine frühzeitige Prüfung und Planung eines neuen Standortes für das Festival erforderlich, um die Kontinuität und Weiterentwicklung des Festivals sicherzustellen.

Ziel muss es sein, eine Veranstaltungsfläche zu finden, die den organisatorischen und sicherheitsrelevanten Anforderungen des Festivals entspricht und die Perspektive einer dauerhaften Nutzung bietet.

Sandra Bretzger

Ralf Meiser

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Wettbewerb „Abpflastern“

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt zu prüfen,

1. welche Formen der Unterstützung durch die Stadt für eine Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb „Abpflastern“ möglich sind,
2. ob und in welcher Form sich die Stadt selbst mit geeigneten Projekten am Wettbewerb beteiligen kann,
3. welche möglichen Kooperationspartner (z. B. lokale Initiativen, Umweltverbände, Schulen, Unternehmen, Stadtwerke, Wohnungsbau-gesellschaften u. a.) neben den Bürgerinnen und Bürgern für eine gemeinsame Bewerbung gewonnen werden könnten und
4. nach Abschluss der Prüfung über die Ergebnisse zu berichten und gegebenenfalls Vorschläge für eine Beteiligung vorzulegen.

Begründung:

Die fortschreitende Versiegelung von Böden trägt wesentlich zur Erwärmung der Städte, zum Verlust der Artenvielfalt sowie zur Verschärfung von Starkregenfolgen und Grundwasserknappheit bei. Unsere Stadt steht - wie viele andere Kommunen auch - vor der Herausforderung, Klimaanpassung, Artenschutz und nachhaltige Flächennutzung stärker in Einklang zu bringen.

Mit dem bundesweiten Wettbewerb „Abpflastern“ werden Städte und Gemeinden aufgerufen, Maßnahmen zur Entsiegelung von Flächen, zur Begrünung des Stadtraums und zur Förderung von Klimaresilienz zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist es, gemeinsam mit der Bevölkerung versiegelte Flächen zu reduzieren, die Biodiversität in urbanen Räumen zu stärken und die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Der Wettbewerb orientiert sich am erfolgreichen niederländischen Vorbild „Tegelwippen“, das dort seit 2020 bereits viele Städte motiviert hat, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Steinflächen zu begrünen und zu entsiegeln. Dieses Konzept hat sich als wirkungsvolle Methode erwiesen, um Klimaanpassung und Stadtgrün mit Spaß, Gemeinschaft und lokalem Wettbewerb zu verbinden.

Wettbewerbe machen Spaß, wie das jährlich stattfindende „Stadtradeln“ zeigt, und fördern auf spielerische Weise das Miteinander in unserer Stadt. „Challenges“ (wie die „Baumpflanz-Challenge“) sind bei vielen Bürgerinnen und Bürgern beliebt und bieten die Möglichkeit, gemeinsames Engagement sichtbar und erlebbar zu machen.

Besonders attraktiv ist, dass Anwohnerinnen und Anwohner beim „Abpflastern“ selbst anpacken können – etwa in ihren Vorgärten, an Gehwegen oder in Nachbarschaftsaktionen. Auch Vereine, Schulen, Organisationen und Betriebe können sich beteiligen und eigene Beiträge zur Umgestaltung leisten. Monatlich wird im Rahmen des Wettbewerbs der „Star des Monats“ gekürt. Die Siegerehrung findet jährlich im November statt.

Eine Beteiligung an der Aktion passt hervorragend zu den bestehenden Strategien und Zielen unserer Stadt auf dem Weg zur „Klimaneutralität 2035“. Es handelt sich beim „Abpflastern“ um ein niederschwelliges, positives Angebot, das die Menschen in unserer Stadt motivieren kann, einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz und gegen die fortschreitende Erwärmung zu leisten.

So entsteht eine große Gemeinschaftsaktion, die den Zusammenhalt in unserer Stadt stärkt und ein gemeinsames Zeichen für Klimaanpassung, Klimaschutz und ein lebenswertes Stadtumfeld setzt. Durch eine koordinierte Beteiligung kann die Stadt ein positives Signal für Gemeinschaft, Kreativität und Nachhaltigkeit setzen.

Eine Teilnahme bietet zudem die Chance, bestehende Projekte im Bereich Stadtgrün und Klimaschutz zu bündeln, neue Partner zu gewinnen und mögliche Fördermittel zu erhalten.

Bei der Prüfung sollen u. a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Öffentliche Kommunikation und Bewerbung der Initiative [Abpflastern.de](https://www.abpflastern.de) auf den Kanälen der Stadt (z. B. Webseite, Pressearbeit, Social Media),
- Bereitstellung von Informations- und Beratungsangeboten für Bürgerinnen und Bürger, z. B. zur Entsiegelung und zu naturnahen Alternativen zur Pflasterung von Gärten, Einfahrten und Höfen,
- Unterstützungsmöglichkeiten durch den städtischen Bauhof beim Abtransport von Pflastersteinen und Asphaltresten,
- Prüfung, ob Auszeichnungen erteilt werden können,

- Vorbildfunktion der Verwaltung: Prüfung eigener Liegenschaften auf Entsiegelungspotentiale,
- Kooperation mit den anderen Städten und Gemeinden in der Region Ostwürttemberg,
- Können für die entstehenden Kosten Fördermittel, etwa aus dem Programm „Lebendige Ortsmitte“, beantragt werden.

Sandra Bretzger

Ulrike Richter

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Klimaschutz-Monitoring

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,
ein Klimaschutz-Monitoring einzuführen.

Begründung:

Der Klimabeirat hat in seinem Bericht an den Gemeinderat vom 23.10. bemängelt, dass ein kontinuierliches und öffentlich einsehbares Monitoring zum Klimaschutz fehlt. Er hat deshalb dringend empfohlen, ein solches Monitoring-Verfahren aufzubauen. Damit soll transparent eine Einschätzung des jeweiligen Standes unseres Prozesses bei den CO₂-Haupttreibern in den verschiedenen Sektoren erhoben und dargestellt werden. So kann der Erfolg eingeleiteter Maßnahmen überprüft und gegebenenfalls nachgesteuert werden.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag regelmäßiger Klimaschutzbericht im Gemeinderat

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,
dass die Stadtverwaltung dem Gemeinderat unter Beteiligung des
Klimabeirats halbjährlich einen Bericht zur Zielerreichung „Klimaneutral
2035“ erstattet.

Begründung:

Der Klimabeirat leistet hervorragende Sacharbeit. Es war richtig, dass diesem
am 23.10.2025 die Möglichkeit eingeräumt wurde, dem Gemeinderat Bericht zu
erstatten, um das Gremium vom Stand seiner Arbeit zu informieren und ihm die
Einschätzung des Beirats zu der aktuellen Situation zu geben. Das wurde in der
Sitzung auch von der ganz großen Mehrheit des Gemeinderats gewürdigt.

Der Klimabeirat hatte bei dieser Gelegenheit u.a. angeregt, dass die
Stadtverwaltung den Gemeinderat zukünftig halbjährlich über den Stand der
Zielerreichung des Beschlusses zur Klimaneutralität unterrichten möge.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Stadtgartenerweiterung

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. sofort den Förderantrag für die Stadtgartenerweiterung einzureichen
2. die für die Verwirklichung der vom Gemeinderat am 24.7.2025 beschlossenen Stadtgartenerweiterung benötigten Komplementärmittel der Stadt in den Doppelhaushalt 2026/2027 einzustellen
3. die Haushaltsansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen
4. vor einer endgültigen Entscheidung über die Freigabe der Mittel mit Investoren von Baumaßnahmen im Umfeld zu verhandeln und dem Gemeinderat über das Ergebnis zu berichten
5. nach endgültiger Freigabe durch den Gemeinderat mit den nötigen Arbeiten so zeitnah zu beginnen, dass die Förderung zu den derzeit gültigen Konditionen gesichert ist.

Begründung:

Der Gemeinderat hat am 24.7.2025 unter der Sitzungsvorlage 6725/002 beschlossen, den Stadtgarten um den Bereich des ehemaligen Postareals zu erweitern. So sollte ein mit dem Stadtgarten verbundenes weiteres Parkareal entstehen, das anstelle einer betonierten Fläche der Überhitzung der Stadt im Sommer entgegenwirkt und den Bürgern einen zusätzlichen angenehmen Aufenthaltsort bietet. Die Erweiterung des Stadtgartens ist auch für die künftigen Bewohner des SDZ-Geländes von großer Bedeutung, da für dieses Gelände eine sehr verdichtete Bebauung vorgesehen ist.

Für die Entsiegelung des Postareals wurde bereits eine Förderung in Höhe von 80 % der Baukosten zugesagt.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen handelt es sich um eine so wichtige Maßnahme, dass die für die Verwirklichung erforderlichen Mittel trotz der schlechten Finanzlage der Stadt bereitgestellt werden sollen.

Der Sperrvermerk soll angebracht werden, um mit den Investoren im Umfeld nochmals zu verhandeln und dieses Ergebnis bis zu einer möglichen endgültigen Freigabe der Mittel abzuwarten. Der Wert der zu erstellenden städtischen Wohnungen insbesondere eines großen Investors auf einem benachbarten Gelände wird mit einem attraktiven und größeren Stadtgarten signifikant erhöht, was sich nach Auffassung der Fraktion auch zwingend bei der Finanzierung der Maßnahme niederschlagen muss. Des Weiteren soll geprüft werden, ob und inwieweit ein weiterer Teil der entstehenden Kosten über einen Spendenaufruf wie beim Gaulbad finanziert werden kann.

Im Haushalt 2025 waren bereits 100.000 Euro für die Maßnahme eingestellt.

Sandra Bretzger

Bennet Müller